

JOURNAL FÜR SOZIALFORSCHUNG

35. Jg. (1995), Heft 3/4

Inhalt	Seite
THEORIE	
<i>Klaus von Beyme</i> (Heidelberg)	Steuerung und Selbstregelung. Zur Entwicklung zweier Paradigmen 197
<i>Jürgen Gerhards</i> (Leipzig)	Kultursoziologie und die Theorie rationalen Handelns: Die rationale Verwendung von politischen Deutungsmustern 219
WOHLFAHRTSPOLITIK IN EUROPA	
<i>Stephan Lessenich</i> (Göttingen)	Zur Theorie und Empirie postautoritärer Wohlfahrtsstaaten: Die Transformation der Sozialpolitik im nachfrankistischen Spanien 235
BÜRGERRECHTE	
<i>Heinz Kleger /</i> <i>Gianni D'Amato</i> (Potsdam)	Staatsbürgerschaft und Einbürgerung – oder: Wer ist ein Bürger? Ein Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz 259
SPRACHE DER POLITIK	
<i>Andreas Schedler</i> (Wien)	Die antipolitischen Stereotypen Jörg Haiders 283

Kultursoziologie und die Theorie rationalen Handelns: Die rationale Verwendung von politischen Deutungsmustern

Jürgen Gerhards (Leipzig)

Politische Akteure betreiben Deutungsarbeit: Sie thematisieren gesellschaftliche Probleme, deren sich die Politik annehmen soll – z.B. Arbeitslosigkeit; sie beschreiben Ursachen für das thematisierte Problem – im Fall der Arbeitslosigkeit z.B. fehlerhaftes Management oder zu hohe Lohnkosten; sie verweisen auf Schuldige für den definierten Mißstand – z.B. auf die Gewerkschaften, die im Vergleich zur Produktivität der Arbeitskräfte zu hohe Lohnforderungen stellen oder auf die Regierung, die keine richtige Sozialpolitik betreibt; und sie zeigen mögliche Lösungen für die definierten Problemstellungen auf – z.B. niedrige Lohnabschlüsse oder eine Erhöhung staatlicher Gelder für Weiterqualifikationsmaßnahmen. Welche Probleme von einem politischen Akteur als wichtig erachtet werden, die Präferenzordnung seiner Themen also, die Etikettierung von Ursachen und Schuldigen und das Aufzeigen von Lösungen, sind empirisch nicht beliebig kombiniert und kombinierbar, sondern bilden zusammen ein Muster, eine sinnhafte Verknüpfung der verschiedenen Elemente und sind mit dem Akteur, der dieses Muster benutzt, eng verknüpft. Bleiben wir beim Beispiel »Arbeitslosigkeit«, um dies zu illustrieren: Eine relativ geringe Präferenz für das Thema Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen politischen Themen, die Etikettierung zu hoher Lohnkosten als Ursache für Arbeitslosigkeit, die Nennung der Gewerkschaften als einer der Mitverantwortlichen für die Arbeitslosigkeit und die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Senkung der Lohnkosten als Lösungsweg aus der Arbeitslosigkeit, dies ist eine – wie für die meisten Zeitungsleser ersichtlich – liberale Deutung des Problems Arbeitslosigkeit, wie sie im Parteienspektrum der Bundesrepublik vor allem von der FDP favorisiert wird. Jedes Element dieser Deutung ist mit den anderen Elementen verknüpft und nicht durch ein anderes Element beliebig ersetzbar; insofern bilden sie ein Deutungsmuster politischer Kommunikation.

Deutungsmuster finden ihre Verwendung aber nicht nur in der politischen und alltäglichen Kommunikation, sondern auch in der Beobachtungskommunikation dieser Kommunikation, in der Wissenschaft im allgemeinen und in den Sozialwissenschaften im besonderen. Wissenschaftliche Deutungsmuster werden meist als Theorien, besser als Metatheorien (Lehmann) oder Paradigmen (Kuhn) bezeichnet. Die Theorie der Deutungsmusteranalyse ist in diesem Sinne selbst einem solchen sozialwissenschaftlichen Deutungsmuster, einem Paradigma zuzuordnen, das von manchen als kultursoziologisches Paradigma bezeichnet wird: Das Ziel der Sozialwissenschaften wird als Verstehen und nicht als Erklären sozialer Sinnzusammenhänge definiert, dieses »nach oben« hin wissenschaftstheoretisch legitimiert durch die behauptete Differenz zwischen Natur- und Geisteswissenschaften und »nach unten« hin operationalisiert durch eine Präferenz für qualitative Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung.¹

Zu diesem Theorieangebot gibt es bekanntlich Alternativen. Die profilierteste Alternative auf der Ebene von Akteurstheorien stellt die Theorie rationalen Handelns dar.² Das Ziel der Sozialwissenschaften wird hier mit Rekurs auf ein naturwissenschaftliches Wissenschaftsverständnis als Erklären sozialen Handelns definiert, Handeln durch ein Modell rationalen Handelns spezifiziert und empirisch meist mit den Methoden der quantitativen Sozialforschung operationalisiert.

Beide Ansätze, die Theorie rationalen Handelns einerseits und kultursoziologische Konzepte der Analyse von Deutungen und Deutungsmustern andererseits bilden auf den ersten Blick inkompatible Perspektiven der Analyse sozialer Wirklichkeit. Die folgenden Überlegungen setzen sich zum Ziel, das Konzept der Deutungsmusteranalyse in die Theorie rationalen Handelns zu integrieren, indem sie versuchen, die Rationalität von Deutungen und Deutungsmustern aufzuzeigen.³ Die Suche nach einer Verbindung zwischen einer Theorie rationalen Handelns und der Deutungsmusteranalyse greift zugleich die klassische soziologische Frage nach dem Zusammenhang zwischen Interessen und Ideen, Basis und Überbau, Struktur und Kultur auf.

Die allgemeine Zielsetzung des Aufsatzes wird konkretisiert und exemplifiziert am Beispiel der Analyse von Deutungen und Deutungsmustern in der *politischen Kommunikation anlässlich von Wahlkämpfen* in der Bundesrepublik. Ziel der Überlegungen ist es, auf folgende Fragen theoretisch begründete Antworten d.h. Hypothesen zu offerieren:

- 1) Welche Dimensionen von Wirklichkeit müssen Parteien, die anlässlich von Wahlkämpfen politische Kommunikation betreiben, deuten, wenn sie rational handeln?
- 2) Welche begründeten Hypothesen kann man über die Unterschiede in den Deutungsmustern verschiedener Parteien formulieren?

Bevor ich versuche, auf diese Fragen Antworten zu formulieren, werden in einem ersten Schritt die modelltheoretischen Grundannahmen expliziert, die es ermöglichen, das Verbindungsstück zwischen einer Theorie rationalen Handelns und einer Deutungsmusteranalyse genauer zu markieren.

1. Modelltheoretische Grundannahmen: Politisches Handeln unter den Bedingungen eines demokratischen politischen Systems

Von einem Staat spricht man bekanntlich mit Max Weber dann, wenn es einen Herrschaftsverband gibt, der »innerhalb eines bestimmten Gebiets das Monopol legitimer physischer Gewaltamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht« (Weber, 1988: 506) oder, in einer eher systemtheoretischen Sprache formuliert, wenn ein ausdifferenziertes politisches System auf der Basis der Monopolisierung der Gewalt innerhalb eines Territoriums kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen vermag. Demokratie bezeichnet eine spezifische Verfaßtheit eines so definierten politischen Systems. In einer Demokratie ist die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen an die Interessen und Willensbildungsprozesse der Bürger gekoppelt. Zwei verschiedene Formen der Umsetzung dieses allgemeinen Prinzips werden in der Regel unterschieden: Entweder entscheiden die Bürger selbst in Abstimmungen über alle Sachfragen, oder sie entscheiden darüber, wer entscheiden soll. Historisch haben sich allein Demokratien des letzten Typus, also repräsentative und nicht plebiszitäre Demokratien durchgesetzt. Ein politisches System ist in diesem Sinne dann demokratisch, wenn es auf der einen Seite Repräsentanten bzw. Machthaber gibt, die innerhalb eines Gebiets die Macht haben, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, die Repräsentanten zugleich aber an die Wünsche und Wahlentscheidungen der Machtunterworfenen gebunden sind.⁴ Der wichtigste Vermittlungsmechanismus zwischen Machthabern und Machtunterworfenen in einer Demokratie ist die Wahl: sie dient der

Auswahl der Herrschenden durch die Beherrschten und damit der Vergabe von Herrschaftschancen auf Zeit. Dieses allgemeine Prinzip eines demokratischen Systems wird in modernen demokratischen Gesellschaften durch eine Menge von Regeln operationalisiert.⁵

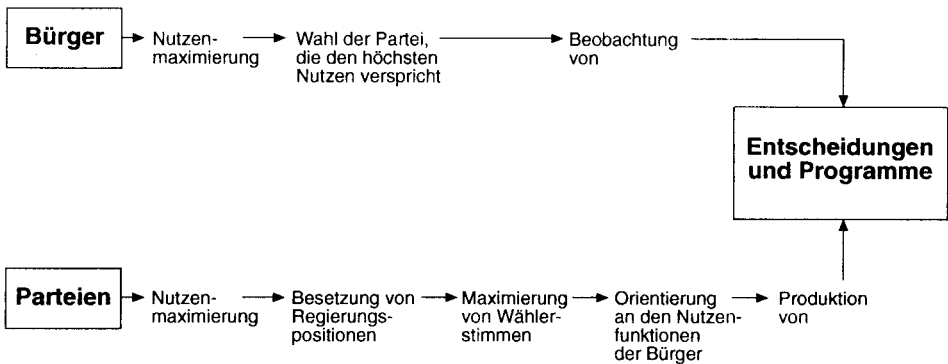
Die Theorie rationalen Handelns geht von der Prämisse aus, daß ein Akteur aus dem Bereich möglicher Handlungen die Handlung auswählt, die seinen erwarteten Nutzen maximiert.⁶ Der Bereich möglicher Handlungen, aus dem die rationale Wahl getroffen wird, wird durch die Restriktionen der jeweiligen Handlungssituation definiert. Die Struktur eines demokratischen politischen Systems, wie es hier mit einigen Federstrichen beschrieben wurde, definiert die Restriktionen der Handlungssituation, und zwar sowohl für die faktischen und potentiellen Machthaber (Regierungspartei und Oppositionsparteien) als auch für die Machtunterworfenen, die wählenden Bürger.⁷ Anthony Downs hat in Aufnahme von Überlegungen Joseph A. Schumpeters bereits 1957 in seinem Buch »An Economic Theory of Democracy« modelltheoretisch durchgespielt, welche Handlungen Bürger als auch Parteien unter den restriktiven Bedingungen einer Demokratie treffen werden, wenn sie rational handeln. Die Überlegungen von Anthony Downs haben in der Wahlforschung bis heute eine paradigmatische Gültigkeit. Ich werde mich im folgenden an den Ausführungen von Downs orientieren, andere Autoren nur dann ins Spiel bringen, wenn sie einen über Downs hinausgehenden Mehrwert an Informationen zu offerieren haben.⁸ Die Wahlforschung hat sich das Paradigma der Theorie rationalen Handelns vor allem zur Analyse des Wählerverhaltens nutzbar gemacht (vgl. zuletzt Fuchs/Kühnel, 1994), in weit geringerem Maße aber zur Analyse der Kommunikationsstile und der Deutungen der Parteien, die um die Gunst der Wähler buhlen. Diese stehen im Zentrum der folgenden Überlegungen.

Die Handlungssituation einer Wahl innerhalb eines demokratischen politischen Systems besteht für die Bürger in der Wahlalternative zwischen verschiedenen Parteien, die um die Regierungsmacht konkurrieren. Der Bürger wird – so die Annahme der Theorie – die Partei wählen, von der er im Vergleich zu anderen Parteien erwarten kann, daß sie durch ihre kollektiv verbindlichen Entscheidungen als Regierungspartei seinen Nettonutzen erhöhen wird. Er berechnet seine Parteidifferenziale, indem er den Nutzen, der ihm durch die angekündigten kollektiv verbindlichen Entscheidungen der verschiedenen Parteien, wenn sie die Regierung bilden würden, zukommen würde, miteinander vergleicht und die Partei wählt, von deren Programm er den höchsten Nutzen erwarten kann. Zur Entscheidungsfindung muß er sich über die geplanten Entscheidungen der um die Regierungsmacht konkurrierenden Parteien informieren.

Um die Schritte der Entscheidungsfindung des Wählers genauer beschreiben zu können, muß eine begriffliche Differenzierung eingeführt werden. Im Anschluß an die Arbeiten von Gary Becker unterscheidet Siegwart Lindenberg (1990) zwischen universellen und instrumentellen Präferenzen. Universelle Präferenzen sind (a) physisches Wohlbefinden und (b) soziale Anerkennung.⁹ Diese Ziele verfolgen alle Individuen. Die instrumentellen Präferenzen sind die Mittel und Wege, die universellen Ziele zu erreichen; sie hängen von den jeweiligen Restriktionen der Situationen ab, in denen Menschen handeln. Wähler können in der oben beschriebenen Situation des Wählens in einer Demokratie ihre universellen Präferenzen nur befriedigen, wenn sie (a) die Parteien in ihren alternativen Angeboten beobachten und sich informieren, wenn sie (b) zur Wahl gehen und (c) die Partei wählen, von deren Handlungen sie sich den höchsten Nutzen versprechen. Die Wähler müssen gleichsam Zwischengüter herstellen – so die Begrifflichkeit von Hartmut Esser –, um das eigentlich anvisierte Gut zu erhalten.

Für die Parteien kann man auf der Basis des Theorems rationalen Handelns und der Restriktionen, die durch die demokratischen Strukturen definiert sind, eine ähnliche, wenn auch etwas verschachteltere Erwartung formulieren. Auch Parteien bzw. die in einer Partei

Schaubild 1



organisierten Personen wollen ihren Nutzen maximieren. Dieses Ziel erreichen sie, wenn sie Positionen besetzen, die mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sind. Regierungspositionen sind Positionen, die mit solchen Ressourcen ausgestattet sind. Zum Besetzen von Regierungspositionen bedürfen sie in einer Demokratie der Stimmen der Bürger. Die Maximierung von Wählerstimmen ist also das instrumentelle Ziel der Parteien, wenn sie die Regierungsposition erreichen wollen, um wiederum ihren Nutzen maximieren zu können. Eine Maximierung von Wählerstimmen können Parteien wiederum nur erreichen, wenn sie mit ihren Entscheidungen und Programmen¹⁰ die Erwartungen und Interessen der Bürger befriedigen, die ja gerade die Partei bevorzugen werden, von der sie erwarten können, daß sie wiederum ihren Nettonutzen erhöhen wird. Die Kommunikation von geplanten Entscheidungen ist also wiederum ein instrumentelles Ziel zur Erreichung des instrumentellen Ziels der Maximierung von Wählerstimmen. Das Ziel, den eigenen Nutzen zu maximieren, wird unter den strukturellen Bedingungen einer Demokratie für Parteien also nur erreichbar, indem Parteien eine Menge an aufeinander bezogene instrumentelle Ziele verfolgen und eine Kette von Zwischengütern herstellen: Besetzung von Regierungspositionen, Maximierung von Wählerstimmen, Kommunikation von Entscheidungen und Programmen mit Orientierung an den Nutzenfunktionen der Wähler. Mit dem zuletzt genannten instrumentellen Ziel sind wir wieder bei den Nachfragern, den Nutzenfunktionen der wählenden Bürger angelangt.

Das Verbindungsglied zwischen den Nachfragern (den Bürgern) und den Anbietern (den Parteien) bilden die von den um die Macht konkurrierenden Parteien annoncierten und kommunizierten und von den Bürgern beobachteten Entscheidungen und Programme. Bei der Produktion und der Beobachtung dieses getauschten Gutes spielen Deutungsprozesse eine entscheidende Rolle. Dies ist nun genau der Ort, an dem man die Deutungsmusteranalyse mit der Theorie rationalen Handelns verknüpfen und die Rationalität von Deutungen plausibilisieren kann.

2. Dimensionen von Wirklichkeit im Wahlkampf, die rationale Akteure beachten und deuten sollten

Um die Nahtstellen, die Synapsen zwischen den beiden Theorieangeboten genauer bestimmen zu können, muß ich noch ein Stückweit den Überlegungen Anthony Downs folgen. Die Situation des Wählens und des Wahlkampfes sind nach Downs durch zwei besondere Merk-

male ausgezeichnet: (1) Der Nutzen des Wählens ist für die Bürger im Vergleich zum Aufwand relativ gering. (2) Die Situation der Wahlentscheidung ist mit einem besonders hohen Grad an Unsicherheit verbunden. Beide Faktoren sind unmittelbar mit Folgen für das Handeln der Wähler und der Parteien im Hinblick auf ihre Deutungsarbeit verbunden.

2.1 *Der geringe Nutzen des Wählens und die Folgen für die Deutungsarbeit*

2.1.1 Der geringe Nutzen des Wählens

Der Nutzen des Wählens ist für die Bürger relativ gering. Dies hat wiederum mehrere Ursachen:

- a) Das Ergebnis einer Wahl ist ein Kollektivgut; es kommt auch zustande, wenn der einzelne nicht zur Wahl geht. Die Gegenleistungen für das Wählen, die Entscheidungen der Regierung in der kommenden Legislaturperiode (z.B. Steuersenkungen, Kindergelderhöhungen etc.) haben in der Regel ebenfalls Kollektivgutcharakter: Die Leistungen der Regierung können auch diejenigen konsumieren, die nicht oder eine andere Partei gewählt haben. Nun weiß man seit den Arbeiten von Mancur Olson (1988), daß die Bereitschaft von Menschen, für die Herstellung von Kollektivgütern Investitionen zu tätigen, nicht groß ist, weil sich für die Akteure die Trittbrettfahroption als kostengünstigere Alternative anbietet. Auf die Situation des Wählens und die Informationsbeschaffung über die Parteien bezogen bedeutet dies, daß die Bereitschaft der Wähler, irgendwelche Kosten zu übernehmen (z.B. anstrengende Lektüre von Parteiprogrammen, um sich einen Vergleich zwischen den verschiedenen Parteien zu ermöglichen), sehr gering ist.
- b) Jede einzelne Wahlstimme hat in der Regel (abhängig von der Größe des Elektorats, der Wahlbeteiligung und der Frage, wie eng die rivalisierenden Parteien in der Gunst der Wähler beieinander liegen) bezüglich des Ausgangs der Wahl ein nur sehr geringes Gewicht; sie entscheidet in der Regel nicht über die Bestellung der Regierung. Der geringe Wert der einzelnen Stimme beeinträchtigt aber die Bereitschaft, sich überhaupt über die Parteien zu informieren und sich an der Wahl zu beteiligen. Die Bereitschaft, sich an einer Wahl zu beteiligen und über das Angebot der verschiedenen Parteien zu informieren, hängt ab von dem Verhältnis zwischen den mit dem Wahlgang und der Informationsbeschaffung verbundenen Kosten und dem erwarteten Nutzen. Der Nutzen des Wählens und des Sich-über-die-Parteien-Informierens ist aber aus den beiden genannten Gründen gering. Daraus folgt, daß die Bereitschaft, überhaupt Kosten zu übernehmen, ebenfalls sehr gering ist.

Aus dem Sachverhalt, daß der Nutzen des Wählens und des Sich-über-die-Wahl-Informierens für den Wähler relativ gering ist (Stimmenwert, Kollektivgutcharakter), ergibt sich, daß die Bürger in nur geringem Maße bereit sind, Kosten für den Wahlgang und die Informationsbeschaffung zu übernehmen.¹¹ Die Grenzkosten der Investition für Informationen dürfen den Grenznutzen, der durch die Beschaffung von Informationen zu erwarten ist, nicht übersteigen, sonst werden die Investitionen zur Informationsbeschaffung nicht getätigt (vgl. Downs, 1968: 210).

2.1.2 Folgen für die Deutungsarbeit

Im Hinblick auf das Informationsverhalten der Bürger ergeben sich aus diesen Überlegungen zwei Schlußfolgerungen; die eine bezieht sich auf die Art der Informationskanäle, die von den Bürgern bevorzugt werden, die andere auf die Art der Informationsaufnahme und -verarbeitung; nur die zweite Schlußfolgerung ist mit Folgen für die Deutungsprozesse verbunden.

a) *Quelle der Informationsaufnahme: »By-product Theory of Information«*

Bevorzugt werden in erster Linie Quellen unentgeltlicher Information (vgl. Downs, 1968: 214), die gleichsam als Nebenprodukt anderer Handlungen anfallen. Samuel L. Popkin (1991: 22 ff.) spricht von einer »By-product Theory of Information« und unterscheidet in Fortführung der Überlegungen von Downs drei Quellen der Informationsaufnahme, die jeweils mit geringen Informationskosten verbunden sind: (1) Persönliche Erfahrungen, die sich aus den Alltagshandlungen von Akteuren als Nebenprodukte ergeben. Die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland werden z.B. am 1. Januar 1995 festgestellt haben, daß sich ihr Nettogehalt aufgrund des durch die Regierung wiedereingeführten Solidaritätsbeitrags verringert hat; (2) Gespräche mit Freunden, Bekannten, Verwandten und Kollegen, in denen Informationen und Meinungen über die politischen Parteien ausgetauscht werden und (3) die Rezeption von Informationen, die durch die Massenmedien verbreitet werden, deren Aufnahme zumindest beim Rundfunk allein mit Zeitkosten verbunden sind.

b) *Art der Informationsaufnahme: »Information Shortcuts«*

Auch im Hinblick auf die Art der Informationsaufnahme ist die Bereitschaft der Wähler angesichts des geringen Nutzens des Wählens, Kosten für die Informationsaufnahme zu investieren, sehr gering. Mechanismen der Informationsvereinfachung, von Samuel L. Popkin (1991: 7, 44) als »information shortcuts« bezeichnet, werden von den Bürgern bevorzugt. Die Verwendung von Deutungsmustern, von Ideologien (vgl. Downs, 1968: 93ff.) ist aber genau ein Mittel der Informationsvereinfachung. Ihre Verwendung ist angesichts der Besonderheit der Wahlsituation rational. Warum?

Geht man einmal hypothetisch davon aus, daß die Informationsbeschaffung für den Wähler nicht mit Kosten verbunden wäre, dann würde er sich über alle geplanten Sachentscheidungen aller Parteien informieren und diese im Hinblick auf den Nutzen, der mit den Entscheidungen für ihn verbunden sind, bilanzieren und miteinander vergleichen, um auf dieser Basis seine Wahlentscheidung zu fällen. Ein solches Vorgehen ist ersichtlich mit enormen Zeitkosten verbunden. Die Bündelung von verschiedenen Sachentscheidungen in ein Deutungsmuster, in ein Schema, ermöglicht die Reduzierung der Zeitkosten der Informationsbeschaffung. Ein Deutungsmuster verknüpft verschiedene Themen miteinander, setzt Präferenzen zwischen verschiedenen Themen, verbindet Positionen (pro oder contra) mit den verschiedenen Themen und setzt die verschiedenen Themen in bezug zu abstrakten Werten, die gleichsam die Themen auf generalisiertem Niveau miteinander verknöten.¹² Die Verfügung über und die Verwendung von Deutungsmustern ermöglicht es den Bürgern, nicht mehr die Summe der einzelnen Sachentscheidungen der jeweiligen Parteien beobachten zu müssen, sondern Parteien auf der Basis von Deutungsmustern zu vergleichen.¹³ »Man« weiß, daß sich die SPD für mehr Umverteilung einsetzt als die FDP. Einzelentscheidungen wie z.B. die Einführung eines einkommensabhängigen Kindergelds, einer Investitionssteuer und die Reduzierung der Mehrwertsteuer zugunsten von einkommensabhängigen Steuern ergeben sich gleichsam automatisch aus dem generalisierten Muster und müssen nicht gesondert betrachtet und gewichtet werden. Deutungsmuster reduzieren die Informationskosten, und deswegen ist ihre Verwendung gerade in der Decodierung der Wahlkommunikation rational.¹⁴

Was ergibt sich daraus für das Kommunikationsverhalten der Parteien? Parteien müssen in ihren kommunikativen Angeboten die Themen aufgreifen, die von den Wählern als wichtige Themen definiert werden, von deren Lösung sich die Bürger einen hohen Nutzen erhoffen.¹⁵ Diese Schlußfolgerung ergibt sich gleichsam aus der reinen Theorie rationalen Handelns, ohne Bezugnahme auf das Konzept der Deutungsmuster. Die Aufnahme der Präferenzen der Bürger in die kommunizierten Themen der Parteien reicht aber nicht aus. Partei-

en müssen diese Themen in der Weise aufgreifen, daß sie sie in ein übergreifendes Deutungsmuster integrieren und dieses dann kommunizieren, um die Informationskosten der die Kommunikation beobachtenden Bürger zu reduzieren.

2.2 Die Unsicherheit der Wahlsituation und die Folgen für die Deutungsarbeit

2.2.1 Die Unsicherheit der Wahlsituation

Wählen ist eine Entscheidungssituation, die mit besonderen Unsicherheiten behaftet ist. Diese Unsicherheiten haben verschiedene Ursachen:

- 1) Unsicherheit im Hinblick auf das Verhalten der Parteien in der Zukunft: Wählen ist eine Investition in die Zukunft. Samuel Popkin (1991: 10) spricht entsprechend vom Wähler als von einem »investor« im Unterschied zu einem »consumer«. Investor ist der Wähler, weil der Nutzen seines Handelns in der Zukunft liegt, sich also erst während der nächsten Legislaturperiode herausstellen wird. Insofern ist Wählen eine riskante Handlung, weil man nicht genau den Gegenwert seiner Handlungen kalkulieren kann. Aus diesem Befund ergibt sich eine Schlußfolgerung: Die Wähler müssen Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Verantwortlichkeit der Akteure besitzen, daß sie sich so verhalten werden, wie sie es versprochen haben. Neben Informationen über geplante Entscheidungen der Parteien werden Informationen über die Zuverlässigkeit der Akteure bedeutsam.¹⁶
- 2) Eine zweite Unsicherheitsquelle ergibt sich im Hinblick auf die kausale Zurechnung von Entscheidungen der Regierung und die Veränderungen des eigenen Nutzens. Wähler »mögen zwar bemerken, daß sich ihr gesamtes Nutzeneinkommen verringert hat, sind aber über die Ursache im ungewissen, insbesondere darüber, ob Handlungen der Regierung oder von Privaten daran schuld sind« (Downs, 1968: 77). Sind es die niedrigen Lohnabschlüsse aus der letzten Tarifrunde oder die gestiegenen Steuern, die das Nettoeinkommen haben sinken lassen? Die kausale Zurechnung von Entscheidungen bietet Spielraum für Deutungsprozesse.

2.2.2 Folgen für die Deutungsarbeit der Parteien

Aus der Tatsache, daß die Wahlsituation mit besonderen Unsicherheiten verknüpft ist, ergeben sich Folgen für die Deutungsarbeit der Parteien, die sich systematisch bilanzieren lassen. Neben einer Aufnahme der von den Bürgern als wichtig definierten Themen und einer Integration dieser Themen in ein Deutungsmuster, sind folgende Dimensionen relevant, die von den Parteien gedeutet werden müssen.

- a) Weil Wählen eine Investition in eine unsichere Zukunft bedeutet, müssen Parteien die Selbstdeutung als zuverlässiger Akteur und die Zerstörung eines Zuverlässigkeitsimages der Gegenparteien betreiben (vgl. Downs, 1968: 100 ff.). Vorwürfe, Wahlversprechen nicht gehalten zu haben (»Rentenlüge«) und die Selbstdeutung als verlässlich (»Auf uns ist Verlaß«) sind entsprechend fester Bestandteil der Wahlkampfkommunikation. In parlamentarischen Demokratien mit mehreren Parteien wird die Regierung häufig nicht durch eine Partei, sondern durch eine Koalition von Parteien gestellt. Daß eine Partei nach der Wahl, um die Regierung zu besetzen, doch Koalitionen eingeht, die sie vorher als nicht möglich dementiert hat, ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor der Zuverlässigkeit, der Spielraum für die Deutungsarbeit der Parteien eröffnet. Im Bundestagswahlkampf 1994 konzentrierte sich die Wahlkampfkommunikation der CDU/CSU zum Teil auf den versuchten Nachweis der Unzuverlässigkeit der SPD: Diese würde – ähnlich wie im Landtag in Magdeburg – eine Koalition mit den Grünen und mit (oder mit Duldung) der SED-Nachfolgepartei PDS bilden.
- b) Die Unsicherheit im Hinblick auf die Zurechnung von Leistungen auf den Nutzen der Bürger ermöglicht ebenfalls Spielraum für die Deutungsarbeit von Akteuren. Die Zu-

rechnung der Leistungen als durch einen Akteur verursacht ist selbst deutungsabhängig. Gerade in einer funktional differenzierten Gesellschaft sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik vor allem im Hinblick auf die Ökonomie begrenzt. Dies besagt aber nicht, daß Leistung und Versagen nicht politisch attribuiert werden können. Die Parallelität zwischen dem Wirtschaftsaufschwung in Deutschland ab dem Sommer 1994 und einer Kehrtwende in der Präferenz für Helmut Kohl läßt sich ganz in diese Richtung interpretieren (vgl. Köcher, 1994). Der prognostizierte Wirtschaftsaufschwung ist der Regierung (sicherlich nicht ohne ihr und das der Unternehmerverbände deutendes Zutun) kausal zugerechnet worden.

Ziehen wir bezüglich der ersten in der Einleitung formulierten Fragestellung – welche Dimensionen von Wirklichkeit müssen Parteien, die anläßlich von Wahlkämpfen politische Kommunikation betreiben, deuten, wenn sie rational handeln? – eine Zwischenbilanz: Man kann die Ergebnisse der Überlegungen systematisieren, wenn man im Anschluß an die von Paul Watzlawick, Janet H. Beavin und Don D. Jackson (1969: 53 ff.) eingeführte Begrifflichkeit verschiedene Dimensionen der Kommunikation unterscheidet:

- a) Inhaltsaspekt der Kommunikation. Parteien müssen versuchen, die von den Bürgern mit hoher Priorität versehenen Themen aufzugreifen und in ein kohärentes Deutungsmuster zu integrieren.
- b) Beziehungsaspekt der Kommunikation. Parteien müssen versuchen, sich selbst als zuverlässigen Akteur zu interpretieren und eine Diskreditierung der Gegner als unzuverlässig zu betreiben.
- c) Verhältnis von Inhalts- und Beziehungsaspekt der Kommunikation. Parteien müssen versuchen, erfolgreiche – im Sinn der Erhöhung des Nutzens der Bürger – Handlungen und Entwicklungen sich selbst kausal zu attribuieren und Mißerfolge und mißgünstige Entwicklungen dem Handeln der Konkurrenten zuzurechnen.

3. Hypothesen über Unterschiede in den Deutungsmustern verschiedener Parteien

Ich habe bis jetzt immer nur von den Parteien und den Bürgern im allgemeinen gesprochen, ohne auf die Tatsache einzugehen, daß es unterschiedliche Parteien und unterschiedliche Gruppierungen von Bürgern mit unterschiedlichen Interessen gibt. Das entwickelte einfache Modell soll im folgenden um die Annahme eines differenzierten Anbieter- und Nachfragemarktes ergänzt werden. Damit wird gleichsam eine Varianz in den unabhängigen Variablen erzeugt mit der Folgefrage, welche Varianzen man in der abhängigen Variable erwarten kann: Welche Hypothesen lassen sich über Unterschiede in den Deutungsmustern der Parteien formulieren?¹⁷ Eine solche Frage läßt sich nur beantworten, wenn man zuvor die möglichen Ausprägungen der Variable »Deutungsmuster« beschrieben hat. Dabei konzentriere ich mich auf die formale Struktur von Deutungsmustern unter Vernachlässigung der Inhalte von Deutungsmustern.

Im Anschluß und Erweiterung der Arbeiten von Philip E. Converse (1964) möchte ich drei Dimensionen eines Deutungsmusters unterscheiden: die *Reichweite (range)* der durch das Deutungsmuster angesprochenen Themen, den Grad der *Verknüpfung der verschiedenen Elemente des Deutungsmusters miteinander und deren Anbindung an eine zentrale Ideologie oder an einen zentralen Wert* (»idea-element«) und den Grad der *Generalisierung* des Deutungsmusters. Unterschiede in den verschiedenen Dimensionen der verschiedenen Deutungsmuster kann man graphisch darstellen (vgl. zu einer graphischen Darstellung von Deutungsmustern Axelrod [1976]; Gerhards/Rucht [1992]).

Schaubild 2: Struktureigenschaften von Deutungsmustern

	hoch	niedrig
Reichweite	X X X X X	X X X
Verknüpfung	<pre> X — X / \ \ X X X </pre>	<pre> X X — X / \ / X X X </pre>
Generalisierung	<pre> X / X / X / X / X / X / X / X / X </pre>	<pre> X / \ X X X </pre>

Parteien müssen bei der Formulierung eines Deutungsmusters einen Zielkonflikt lösen. Auf der einen Seite haben Deutungsmuster die Funktion, die Informationskosten zu reduzieren. Je stärker ein Deutungsmuster integriert ist und je stärker es über eine zentrale Ideologie verfügt, und je geringer es ins Unverbindliche generalisiert ist, desto stärker senkt es die Informationskosten derer, die es verwenden. Man kann die Positionen zu bestimmten Sachthemen der Parteien unmittelbar aus dem Deutungsmuster ableiten.

Gleichzeitig gilt aber, daß hochgradig ideologisierte und verknüpfte und gering generalisierte Deutungsmuster eine geringe Reichweite an Themen zu integrieren vermögen. Parteien wollen aber mit der Kommunikation der Deutungsmuster in erster Linie ihre Stimmen maximieren. Je höher die Reichweite der Themen ist, die sie ansprechen, und je generalisierter und unverbindlicher die ideologische Verankerung ihres Deutungsmusters ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie die Interessen von vielen Bürgern tangieren und berücksichtigen. Die Reichweite der von einer Partei angesprochenen Themen und das Generalisiertheitsniveau eines Deutungsmusters ist aber nicht beliebig auszudehnen. Zum einen gibt es Grenzen des logischen Widerspruchs (vgl. Downs, 1968: 106): eine Partei kann sich nicht für und zugleich gegen eine Erhöhung der Steuern aussprechen. Eine hohe Reichweite und ein generalisiertes Niveau des Deutungsmusters erzeugt zum zweiten Kosten der

Eindeutigkeit des Deutungsmusters und damit Kosten in der Dimension der Reduktion von Informationskosten.

Für die Deutungsmuster aller Parteien gilt also, daß es einen Zielkonflikt zwischen der Reichweite der angesprochenen Themen und dem Niveau der Generalisierung einerseits und dem Grad der Verknüpfung und der Zentralität andererseits gibt. Parteien müssen zwischen beiden Prinzipien eine Optimierung betreiben und keine Maximierung eines der beiden Prinzipien.

Wo genau der Optimumspunkt der verschiedenen Dimensionen von Deutungsmustern für die einzelnen Parteien liegt, hängt von zwei verschiedenen Faktoren ab: der Größe der Partei und dem Grad der Heterogenität der strukturellen Zusammensetzung des Publikums, wobei die Größe der Partei wiederum durch die Zusammensetzung des Elektorats bestimmt wird. Betrachtet man diese beiden Faktoren, dann lassen sich Hypothesen über Unterschiede in den Deutungsmustern der Parteien formulieren.

3.1 Der Zusammenhang zwischen der Größe der Parteien und der Struktur der Deutungsmuster

Unter Größe soll nicht die Mitgliederzahl oder Wählerzahl einer Partei verstanden werden, sondern die Größe im Hinblick auf die Reichweite des Wählerpotentials, das eine Partei gewinnen will. Volksparteien sind in diesem Verständnis große Parteien, weil sie nicht nur von einer in ihren Interessen relativ homogenen Klientel gewählt werden (wollen), sondern sich gerade dadurch auszeichnen, daß sie versuchen, mit ihrem Angebot für eine breite und nach Interessen heterogen zusammengesetzte Klientel interessant zu sein. In ihren Deutungsangeboten müssen sie entsprechend für Bürger mit unterschiedlichen Interessenlagen wählbar sein. Welche Folgen hat dies für das offerierte Deutungsmuster? Talcott Parsons hat zur Beschreibung der Kulturentwicklung in modernen funktional differenzierten Gesellschaften den Begriff der Wertegeneralisierung bzw. der Werteverallgemeinerung eingeführt. Parsons behauptet, daß je differenzierter die Gesellschaft ist, desto höher muß der Grad der Allgemeingültigkeit sein, in dem das Wertemuster verfaßt ist, damit die differenzierten Teile des sozialen Systems durch das Wertemuster noch integriert und legitimiert werden können (vgl. Parsons, 1972: 41, 125 ff.). Volksparteien zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie ein großes und damit heterogenes Elektorat für sich gewinnen wollen. Je heterogener die Interessen der Klientel einer Partei aber, desto höher muß der Grad der Generalisierung und die Reichweite und desto geringer kann und muß der Grad der ideologischen Integration und Verknüpfung sein. Die zentralen, steuernden Ideen eines Deutungsmusters müssen abstrakter werden, um verschiedene »policies« zu integrieren; die Reichweite muß breiter werden; die Verknüpfungen der Elemente des Deutungsmusters müssen lockerer werden. Erst eine relativ unverbindliche Abstraktionshöhe ermöglicht die Subsumtion von heterogenen Einzelinteressen; erst eine große Reichweite ermöglicht die Integration von heterogenen Interessen und erst eine relative Unverknüpftheit der Elemente ermöglicht eine Flexibilität in der Bearbeitung neuer Themen. Für kleine Parteien gilt die umgekehrte Hypothese: Je kleiner eine Partei ist, desto geringer ist die Reichweite der in ihrem Deutungsmuster behandelten Themen sowie der Grad der Generalisiertheit des Deutungsmusters, und desto höher ist die ideologische Integration und Verknüpfung des Deutungsmusters.¹⁸

In der öffentlichen Diskussion über die Parteien und die politische Klasse der letzten Jahre ist immer wieder die inhaltliche Konturlosigkeit der Parteien und ihre programmatische Ähnlichkeit angemahnt und moralisiert worden. Der Vorwurf der »gesichtslosen Allerweltsparteien« (von Beyme, 1993: 101) war bereits ein von der Studentenbewegung vorgebrachter Vorwurf und zieht sich bis heute durch die öffentliche Diskussion der Kritik an den Parteien. Meist ist dies Lamento mit der Aufforderung zur Änderung verbunden. Die hier

formulierte Hypothese gibt eine theoretische Erklärung dafür, warum die großen Volksparteien in ihren Deutungsangeboten relativ konturlos geworden sind. Sie verweist auf veränderte Handlungsbedingungen, die in der Folge die Parteien zu einer Entideologisierung ihrer Programme zwingt, wenn sie rational handeln.¹⁹ Eine Entideologisierung der Programme der großen Parteien erschwert aber die Orientierungsmöglichkeit für die Wähler. Sie orientieren sich an funktionalen Äquivalenten: »daher ist zu vermuten, daß die Wähler persönliche Eigenschaften, Fachbefähigung oder einen anderen nicht-ideologischen Faktor als ausreichend ansehen werden. Weil ihnen im Grunde politisch keine große Auswahl geboten wird, kann es vorkommen, daß sie andere Faktoren heranziehen müssen, um zwischen den Parteien unterscheiden zu können« (vgl. Downs, 1968: 123).

3.2 *Der Zusammenhang zwischen der Struktur des Elektorats und der Struktur der Deutungsmuster*

Die Entwicklung der Parteien von Klassen-, Schichten- oder Standesparteien zu großen Volksparteien ist selbst wiederum mitbedingt durch Veränderungen in der Sozialstruktur und der ideologischen Orientierung des Elektorats. Eine in der Literatur häufig verwendete vereinfachende Beschreibung des Elektorats besteht in einer Beschreibung seiner Verteilung auf der Links/Rechts-Achse politischer Orientierungen. Die Art der Verteilung hat nun Einfluß auf die Menge an Parteien und die Struktur der Deutungsangebote der Parteien (vgl. Downs, 1968: 114 ff). Entscheidend ist dabei, ob es sich um eine ein-, zwei- oder mehrgipflige Verteilung handelt. Die Ausbildung großer Volksparteien und der ihnen entsprechenden Deutungsmuster, wie sie im letzten Kapitel beschrieben wurden, ist bedingt durch die Entwicklung des Elektorats in Richtung einer Normalverteilung, der Massierung von Interessenslagen in der Mitte des Links/Rechts-Spektrums. Die quantitative Zunahme der mittleren Schichten, dann vor allem die Pluralisierung und Individualisierung der Lebenslagen der Bevölkerung (vgl. zuletzt Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim, 1994) führt zu einer Aufweichung von homogenen Teilelektoraten und erzeugt eine Diversifizierung und Pluralisierung der Interessen des Gesamtelektorats. Diese Veränderung der Struktur des Elektorats kann zwei Folgen nach sich ziehen:

- a) Bei Konstanz der Anzahl der existierenden Parteien werden sich die Deutungsmuster der Parteien in einer Weise ändern, wie wir sie bereits im Hinblick auf die Größe der Parteien beschrieben haben. Je heterogener die Interessen der Klientel einer Partei, desto höher muß der Grad der Generalisierung und die Reichweite und desto geringer kann und muß der Grad der ideologischen Integration und Verknüpfung sein. Die zentralen Ideen eines Deutungsmusters müssen abstrakter werden, um verschiedene policies zu integrieren; die Reichweite muß breiter werden, die Verknüpfungen der Elemente des Deutungsmusters müssen lockerer werden. Erst eine relativ unverbindliche Abstraktionshöhe ermöglicht die Subsumtion von heterogenen Einzelinteressen; erst eine große Reichweite ermöglicht die Integration von heterogenen Interessen und erst eine relative Unverknüpftheit der Elemente ermöglicht eine Flexibilität in der Bearbeitung neuer Themen. Daß einer solchen Ausdehnung und von Kritikern als Verwässerung etikettierten Veränderung des Deutungsmusters Grenzen gesetzt sind, zeigt sich spätestens dann, wenn es zur Bildung einer neuen Partei kommt.
- b) Eine Veränderung der Struktur des Elektorats in Richtung einer zunehmenden Pluralisierung kann auch zu einer Veränderung der Anzahl der Parteien führen und in der Folge zu einer Veränderung der parteispezifischen Deutungsmuster. Eine Zunahme der Heterogenität der Interessen des Elektorats führt zu einer polymodalen Verteilung der Interessen des Elektorats. Polymodale Verteilungen aber erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines Vielparteiensystems, weil eine Gründung einer Partei an jedem der Modalwerte günstig

und erfolgversprechend ist (vgl. Downs, 1968: 123). Die Entstehung und Etablierung der Grünen könnte man in dieser Hinsicht interpretieren: Die wohlfahrtsstaatlich induzierte Befriedigung der materiellen Bedürfnisse erlaubt die Ausbildung postmaterieller Werte, so die empirisch vielfach belegte These von Ronald Inglehart, die Expansion der Bildungschancen erhöht die kognitiven Fähigkeiten und Bedürfnisse, sich an Politik zu beteiligen. Beide Entwicklungen führen zur Ausbildung eines Bevölkerungssegments mit neuen Interessen und Werten. Die Gründung von Interessengruppen in Form der neuen sozialen Bewegungen und der Partei der Grünen sind Antworten auf der Seite der kollektiven Akteure, den »neuen Modalwert« im politischen System zu vertreten, auf die veränderte Nachfragestruktur ein neues Angebot zu formulieren.

Kommt es zu einer Neugründung von auf bestimmte Modalwerte von Interessen der Bevölkerung spezialisierte Parteien, dann hat dies für die Entwicklung der Deutungsmuster ganz andere Folgen, als die unter Punkt (a) skizzierte Alternative. Die Reichweite der Themen (*single-issue party*) und der Grad der Generalisierung des Deutungsmusters der neuen Partei wird gering sein, der Grad der ideologischen Integration und der Verknüpfung der Elemente eher hoch. Das Programm der Grünen scheint dieser Interpretation zu entsprechen. Kommt es aufgrund der Individualisierung der Sozialstruktur zur Bildung mehrerer Parteien um bestimmte Modalwerte herum, dann wiederholt sich das beschriebene Muster der Ausdifferenzierung neuer Parteien mit den beschriebenen Deutungsmustern. Das Gesamtspektrum der angebotenen Deutungsmuster weist dann eine segmentierte Struktur von verschiedenen Deutungsmustern auf, die jeweils eine geringe Reichweite und einen hohen Grad der Integration und Verknüpfung besitzen.

Daß eine Veränderung der Struktur des Elektorats und in der Folge eine Veränderung des Wahlverhaltens, des Parteiensystems und der Deutungsmuster in der Bundesrepublik tatsächlich seit den 70er Jahren stattgefunden hat, dafür gibt es einige empirisch überprüfte Indikatoren. Der Prozeß insgesamt wird in der Literatur als »Dealignmentprozeß« beschrieben (zusammenfassend vgl. Rüdiger Schmitt-Beck und Peter R. Schrott, 1994): Eine wachsende Bereitschaft der Bürger zu wechselhaftem Wahlverhalten, die Zunahme des Stimmen-splittings von Erst- und Zweitstimme und der kurzfristigen Präferenzänderung und die nachlassende Parteidentifikationen sind Ausdruck dieses Prozesses auf der Ebene des politischen Verhaltens der Bürger, die Entstehung von neuen Parteien (Grüne, Republikaner, PDS) und die Erhöhung des Fraktionalisierungsgrades des Parteiensystems insgesamt bilden Indikatoren auf der Ebene der Parteien.

4. Schlußbemerkung

Die Ausführungen hatten zum Ziel, eine theoretische Verbindungslinie zwischen der Theorie rationalen Handelns und dem kultursoziologischen Konzept der Deutungsmusteranalyse aufzuzeigen. Die Deutungsmusteranalyse beschränkt sich auf eine interpretative Beschreibung von Deutungsmustern; sie wird nicht müde zu behaupten und zu zeigen, daß Akteure Deutungsarbeit betreiben; warum Akteure aber bestimmte und nicht andere Deutungsmuster verwenden, bleibt in der Regel offen. Die Theorie rationalen Handelns ist ein allgemeiner Versuch der theoretischen Erklärung von sozialen Phänomenen. Beschreibungen einerseits und Erklärungen andererseits schließen sich nicht aus. Zuerst in ihrer Struktur beschriebene Deutungsmuster können in einem zweiten Schritt erklärt werden, indem man danach fragt, warum diese und nicht eine andere Struktur eines Deutungsmusters formuliert wurde. Die Ausführungen sollten zum einen plausibel machen, warum es für Parteien in ihrer politischen Kommunikation rational – im Sinne des Rationalitätsbegriffs der Theorie rationalen Handelns – ist, überhaupt Deutungsarbeit zu leisten und welche Dimensionen sie deuten

müssen; sie dienen zum zweiten der Entwicklung und Formulierung von konkreten Hypothesen über die Beschaffenheit der Deutungsmuster von Parteien unter unterschiedlichen Bedingungen.

Ich hatte zu Beginn betont, daß die Frage nach der Rationalität von Deutungsmustern die klassische soziologische Frage nach dem Zusammenhang von Interessen und Ideen aufgreift. Die hier entwickelten Hypothesen implizieren eine Richtung der Kausalität des Zusammenhangs von Interessen und Ideen: Die Deutungsmuster der Parteien als die Ideensysteme der Politik sind, so die Annahme, weitgehend bestimmt durch die Interessenlagen der Parteien, die sich wiederum aus dem Gefüge des Elektorats und dem Parteiensystem ableiten. Ob die Richtung des postulierten Zusammenhangs aber richtig ist, ist eine empirisch offene Frage. Die hier formulierten Hypothesen könnten eine empirische Überprüfung anleiten.

Anmerkungen

- 1 Der Terminus »Deutungsmuster« wurde durch ein bis heute unveröffentlichtes Papier von Ulrich Oevermann 1973 in die Diskussion eingeführt, auf das sich in der Folge fast alle Autoren, die sich mit Deutungsmusteranalyse beschäftigt haben, beziehen. Zur Entstehungsgeschichte des Konzepts vgl. Michael Meuser und Reinhold Sackmann (1991).
- 2 Die Theorie rationalen Handelns stellt eine zunehmend stärker werdende Alternative dar, betrachtet man die Menge an Veröffentlichungen zur Theorie rationalen Handelns und die Gründung einer eigenen Zeitschrift »Rationality and Society« als Indikator für diese These. Für den speziellen Bereich der Wahlsoziologie verweisen Dieter Fuchs und Steffen Kühnel (1994) auf die progressive Entwicklung der Zitierhäufigkeit des klassischen Werks von Anthony Downs »Economic Theory of Democracy« als Indikator für den zunehmenden Erfolg der rational choice Theorie in der Wahlforschung.
- 3 Dies ist nicht der erste Versuch in dieser Richtung. Hartmut Esser (1991) hat zum einen versucht, die verstehende Soziologie von Alfred Schütz im Rahmen einer Theorie rationalen Handelns zu rekonstruieren. Esser hat zum anderen (1990) die Rationalität der Deutungsmuster (»Frames«) von Befragten rekonstruiert. Christian Lüdemann (1991) hat in einem sehr interessanten Beitrag versucht, die Rationalität der Verwendung unterschiedlicher Vorstellungen von Sexualität zu rekonstruieren.
- 4 Zu einer der vielen, im Kern ähnlichen Definitionen vgl. Giovanni Sartori (1975: 73): Demokratie ist »ein politisches System, in dem der Einfluß der Majorität durch gewählte und in Wettbewerb stehende Minoritäten sichergestellt ist ... Demokratie ist ein selektives System konkurrierender Eliten«.
- 5 Folgende Regeln werden von Anthony Downs (1968: 23) genannt: 1. Wahlen finden in periodischen Abständen statt, die von der Regierungspartei nicht geändert werden können. 2. Alle Erwachsenen dürfen wählen (allgemeines Wahlrecht). 3. Jeder Wähler hat eine Stimme (gleiches Wahlrecht). 4. Bei jeder Wahl gibt es zwei oder mehrere Parteien, die um die Besetzung von Herrschaftspositionen konkurrieren. 5. Jeweils eine Partei bzw. eine Parteienkonstellation wird durch die Wahl zur Ausübung staatlicher Gewalt gewählt (Bestimmung der Exekutiven). 6. Die Partei oder Koalition, die die Mehrheit der Stimmen erhält, ist berechtigt, bis zur nächsten Wahl die Regierungsgewalt zu übernehmen. Dies scheinen die wichtigsten demokratischen Regeln zu sein; Anthony Downs nennt noch zwei zusätzliche Bedingungen, die den Bestand von Demokratie sichern sollen: 7. Die Parteien, die die Wahl verloren haben, versuchen nicht, die Gewinnerpartei mit Gewalt an der Amtsübernahme zu hindern. 8. Die regierende Partei versucht nicht, die anderen Parteien zu behindern.
- 6 James G. March (1978) geht in Aufnahme der Überlegungen von Herbert Simon davon aus, daß Akteure nicht ihren Nutzen maximieren sondern allein für sie ausreichend befriedigen wollen (*satisfying* statt *maximizing*). Er begründet dies mit der Fähigkeit der Menschen zu einer allein »bounded rationality«. Der Unterschied zwischen »maximizing« und »satisfying« läßt sich aber auflösen, wenn man bedenkt, daß er sich nicht auf die Selektion zwischen zwei Handlungsalternativen bezieht, sondern auf die Informationsbasis der Selektion. Hartmut Esser (1991: 62) spricht entsprechend von einer »bounded information processing capacity«.
- 7 Daß man auf diese Weise eine Systemtheorie des politischen Systems mit der Theorie rationalen Handelns verknüpfen kann, hat ausführlich Dieter Fuchs (1993) beschrieben.

- 8 Dies ist – nebenbei bemerkt – in der Regel nicht der Fall.
- 9 Die substantielle Bestimmung der universellen Ziele geht auf Adam Smith zurück. Die Begründung, die man in der Literatur für diese beiden Ziele findet, ist eher schwach, was die Argumentationskette insgesamt schwächt. Zudem gälte es, alternative Konzepte der Bestimmung von universellen Zielen zu prüfen, z.B. Abraham Maslows Theorie der Bedürfnishierarchie.
- 10 Mit Entscheidungen werden hier die Handlungen einer Partei bezeichnet, die sie getroffen hat, während sie die Regierungsverantwortung inne hatte; mit Programm bezeichne ich die geplanten Entscheidungen von Parteien, die sie treffen, wenn sie die Regierung übernehmen würden.
- 11 Ein alltagsweltliches Indiz für diese These ist die Beobachtung, daß keiner meiner politisch interessierten Bekannten die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 1994 gelesen hatte; ich selbst habe sie auch nur anlässlich dieses Vortrags gelesen. Die Programme der Parteien sind zu meiner eigenen Überraschung sehr konkret und informativ im Hinblick auf geplante Entscheidungen.
- 12 In der Literatur gibt es eine Menge an aus unterschiedlichen Disziplinen kommenden Begriffen, die jeweils Ähnliches, dann aber auf den zweiten Blick doch Verschiedenes bezeichnen (vgl. Vowe, 1994): Belief-system (Converse), Gestalt und Schemata, Scripts (Schank/Abelson), Frames (in einer symbolisch-interaktionistischen Tradition: Goffman, dann Snow; aus der Perspektive der Rational Choice Theorie: Lindenberg, Esser), Deutungsmuster (Oevermann und die Beiträge in Meuser/Sackmann [1992]). Abelson (1981: 715) definiert ein gemeinsames Merkmal der verschiedenen Konzepte: »higher order knowledge structures (frames, schemata, scripts, etc.)«. Vergleiche auch die Unterscheidung in der Kybernetik zwischen Zeichen und Superzeichen.
- 13 Anthony Downs (1968: 95) betont, daß die Bürger nicht die Leistungen der Parteien miteinander vergleichen, sondern die Ideologien. Sie berechnen ein Ideologiedifferential.
- 14 Damit habe ich begründet, warum die Verwendung von Deutungsmustern denn überhaupt rational ist. Allerdings bleibt an dieser Stelle die Frage offen, warum die Verwendung eines spezifischen Deutungsmusters A besser geeignet im Sinne von rationaler ist als die eines Deutungsmusters B. Dies soll im nächsten Kapitel genauer analysiert werden (vgl. zu dieser Unterscheidung im Hinblick auf die Entlastungsfunktion von Werten auch Karl-Dieter Opp [1983: 129ff.]).
- 15 Nicht immer folgen Parteien diesem Gebot: Ich vermute, daß die Liste der Wichtigkeit der politischen Themen aus der Perspektive der Bürger anlässlich des Bundestagswahlkampfes 1994 nicht übereinstimmt mit der Häufigkeit, mit der die SPD das Thema »Großer Lauschangriff« thematisiert hat. Zur Erklärung von Irrationalitäten von Deutungen muß man die Fiktion, mit der in diesem Artikel gearbeitet wird, aufgeben, daß es sich bei einem kollektiven Akteur um einen homogenen Akteur handelt, der sich aus interessengleichen individuellen Akteuren zusammensetzt. Realistischer ist die Vorstellung, die Homogenität eines Akteurs zu einer empirischen Frage zu machen. Dann kommen auch Interessenkonflikte im Innenverhältnis zwischen verschiedenen Fraktionen in den Blick, die dann auch Irrationalitäten erklären können.
- 16 Weil das Verhalten der Parteien in der Zukunft unsicher ist, ziehen die Wähler das Verhalten der Parteien in der Vergangenheit mit in die Kalkulation ein und extrapolieren dieses sichere Wissen in die Zukunft. Dies gilt in erster Linie für die Regierungspartei, weil diese im Gegensatz zu den Oppositionsparteien in der vergangenen Legislaturperiode überhaupt in der Position war, Leistungen zu beschließen. Eine Beurteilung der Oppositionsparteien ist unsicherer. In die Beurteilung der Oppositionsparteien gehen Einschätzungen ihrer Handlungen aus der Legislaturperiode ein, in der sie selbst einmal die Regierung gestellt haben und ihre Offerten für die Zukunft.
- 17 Die folgenden Überlegungen beziehen sich also allein auf den Sachaspekt der Kommunikation unter Vernachlässigung des Beziehungsaspekts und des Verhältnisses zwischen Sach- und Beziehungsaspekt.
- 18 Eine solche Hypothese könnte man durch einen Vergleich der Partei- und Wahlprogramme von Parteien unterschiedlicher Größe überprüfen. Meine Durchsicht der Wahlprogramme zur letzten Bundestagswahl der Parteien CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne/Bündnis 90 und PDS hat mir den Eindruck vermittelt, daß sich die formulierte Hypothese bestätigen ließe.
- 19 Soziologische Erklärungen besagen immer auch, daß sich an dem erklärten Befund nichts ändern wird, wenn nicht die Bedingungen der unabhängigen Variablen sich ändern. Insofern ist und bleibt eine Moralisierung der Konturlosigkeit der Volksparteien folgenlos.

Literatur

- Abelson, Robert P. (1981) ›Psychological Status of the Script Concept‹, in *American Psychologist* 36: 725-729.
- Axelrod, Robert (1976) ›The Analysis of Cognitive Maps‹, S. 55-76 in Axelrod, Robert (Hg.), *The Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elite*. Princeton: Princeton University Press.
- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994) ›Individualisierung in modernen Gesellschaften. Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie‹, S. 10-42 in Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bennett, W. Lance/Salisbury, Bart R. (1987) ›Rational Choice. The Emerging Paradigm in Election Studies‹, *Research in Micropolitics* 2: 1-30.
- Beyme, Klaus von (1993) *Die politische Klasse im Parteienstaat*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Coleman, James S. (1987) ›Microfoundations and Macrosocial Behavior‹, S. 153-173 in Alexander, Jeffrey C. et al. (Hg.), *The Micro-Macro Link*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Colemann, James S. (1986) ›Social Theory, Social Research, and a Theory of Action‹, *American Journal of Sociology* 91 (6): 1309-1335.
- Converse, Philip E. (1964) ›The Nature of Belief Systems in Mass Publics‹, S. 206-261 in Apter, David (Hg.), *Ideology and Discontent*. New York: Free Press.
- Downs, Anthony (1968 [Original 1957]) *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Esser, Hartmut (1990) ›»Habits«, »Frames« und »Rational Choice«. Die Reichweite von Theorien der rationalen Wahl (am Beispiel der Erklärung des Befragtenverhaltens)‹, *Zeitschrift für Soziologie* 19 (4): 231-247.
- Esser, Hartmut (1991) *Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und »Rational Choice«*. Tübingen: Mohr.
- Fiorina, Morris P. (1981) *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven/London: Yale University Press.
- Frey, Bruno S. (1989) ›Möglichkeiten und Grenzen des Ökonomischen Denkansatzes‹, S. 69-102 in Schäfer, Hans-Bernd/Wehr, Klaus (Hg.), *Die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften. Sechs Wortmeldungen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Fuchs, Dieter (1993) Eine Metatheorie des politischen Prozesses. Discussion Paper FS III 93-202. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Fuchs, Dieter/Kühnel, Steffen (1994) ›Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung‹, S. 305-364 in Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen (1993) *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallanalyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (1992) ›Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany‹, *American Journal of Sociology* 97: 555-596.
- Hitzler, Ronald (1994) Der gemeine Machiavellismus. Beiträge zu einer Soziologie politischen Handelns. Habilitationsschrift, FU Berlin.
- Köcher, Renate (1994) ›Auf einer Woge der Euphorie. Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas im Wahljahr 1994‹, *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 51-52/94: 16-21.
- Lindenberg, Siegwart (1989) ›Social Production Functions, Deficits, and Social Revolutions‹, *Rationality and Society* 1: 51-77.
- Lindenberg, Siegwart (1990) ›Homo Socio-oeconomicus: The Emergence of a General Model of Man in the Social Sciences‹, *Journal of Institutional and Theoretical Economics* 146: 727-748.
- Lüdemann, Christian (1991) ›Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie‹, S. 115-138 in Meuser, Michael/Sackmann, Reinhold (Hg.), op. cit. Pfaffenweiler: Centaurus Verlag.
- March, James G. (1978) ›Bounded Rationality, Ambiguity, and the Engineering of Choice‹, *The Bell Journal of Economics* 37: 587-608.

- Meuser, Michael/Sackmann, Reinhold (1991) ›Zur Einführung: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie‹, in dies. (Hg.), *Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Monroe, Kristen R. (1991) ›The Theory of Rational Action: Its Origins and Usefulness for Political Science‹, S. 1-31 in Monroe, Kristen R. (Hg.), *The Economic Approach to Politics. A Critical Reassessment of the Theory of Rational Action*. New York: Harper Collins.
- Olson, Mancur (1992) *Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen* (3. Auflage). Tübingen: Mohr.
- Opp, Karl-Dieter (1983) *Die Entstehung sozialer Normen. Ein Integrationsversuch soziologischer, sozialpsychologischer und ökonomischer Erklärungen*. Tübingen: Mohr.
- Opp, Karl-Dieter (1989) ›Ökonomie und Soziologie – die gemeinsamen Grundlagen beider Fachdisziplinen‹, S. 103-127 in Schäfer, Hans-Bernd/Wehr, Klaus (Hg.), *Die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften. Sechs Wortmeldungen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Popkin, Samuel L. (1991) *The Reasoning Voter*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Parsons, Talcott (1972) *Das System moderner Gesellschaften*. München: Juventa.
- Raub, Werner/Voss, Thomas (1981) *Individuelles Handeln und gesellschaftliche Folgen. Das individualistische Programm in den Sozialwissenschaften*. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- William H. Riker (1986) *The Art of Political Manipulation*. New Haven und London: Yale University Press.
- Sartori, Giovanni (1975) ›Demokratie als Elitenherrschaft‹, S. 67-75 in Grube, Frank/Richter, Gerhard (Hg.), *Demokratiethorien. Konzeptionen und Kontroversen*.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Schrott, Peter R. (1994) ›Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteienbindungen als Folge der Medienexpansion‹, S. 543-572 in Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schumpeter, Joseph A. (1950) (Original von 1942: Capitalism, Socialism and Democracy) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: Francke.
- Simon, Herbert A. (1957) *Models of Man. Social and Rational*. New York: John Wiley & Sons Inc.
- Simon, Herbert A. (1983) *Reason in Human Affairs*. Oxford: Basil Blackwell.
- Simon, Herbert A. (1985) ›Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science‹, *The American Political Science Review* 79 (1): 293-304.
- Smelser, Neil J. (1992) ›The Rational Choice Perspective. A Theoretical Assessment‹, *Rationality and Society* 4 (4): 381-410.
- Snow, David A. et al. (1986) ›Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation‹, *American Sociological Review* 51: 464-481.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988) ›Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization‹, S. 197-218 in Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hg.), *International Social Movement Research* 1. Greenwich, London.
- Srubar, Ilja (1992) ›Grenzen des »Rational Choice«-Ansatzes‹, *Zeitschrift für Soziologie* 21 (3): 157-165.
- Vowe, Gerhard (1994) ›Politische Kognition. Umriss eines kognitionsorientierten Ansatzes für die Analyse politischen Handelns‹, *Politische Vierteljahresschrift* 35 (3): 423-447.
- Watzlawick, Paul/Beavin, H. Janet/Jackson, Don D. (1969 [org. 1967]) *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien*. Bern/Stuttgart/Wien: Huber.
- Wiesenthal, Helmut (1987) ›Rational Choice. Ein Überblick über Grundlinien, Theoriefelder und neuere Themenakquisition eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas‹, *Zeitschrift für Soziologie* 16 (6): 434-449.
- Weber, Max (1988 [Org. 1919]) ›Politik als Beruf‹, S. 505-560 in ders. *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen: Mohr.
- Wippler, Reinhard/Lindenberg, Siegwart (1987) ›Collective Phenomena and Rational Choice‹, S. 135-152 in Alexander, Jeffrey C. et al. (Hg.), *The Micro-Macro Link*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.